

Antworten der BSW Thüringen auf die Wahlprüfsteine des Evangelischen Büros Thüringen

1. Welche Maßnahmen möchten Sie in einer zukünftigen Landesregierung ergreifen, um der zunehmenden Gefahr durch den Rechtsextremismus, den Antisemitismus und Rassismus, der Diskriminierung und Hasskriminalität in Thüringen zu begegnen?

Mit unserer neuen Partei wollen wir die demokratische Willensbildung in Thüringen wiederbeleben, demokratische Mitbestimmung ausweiten und persönliche Freiheit schützen. Rechtsextreme, rassistische und gewaltbereite Ideologien jeder Art lehnen wir ab, da sie nicht Teil des demokratischen Grundkonsens sind.

Die Ergebnisse des Thüringen-Monitors, als auch der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses zu politischer Gewalt, zeigen die konstante Gefahr durch rechtsextreme Einstellungsmuster, Bedrohungen und Gewalt in Thüringen auf.

Dieser Gefahr muss durch personelle Verstärkung und Vernetzung der Sicherheitsbehörden einerseits, als auch der Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure andererseits entgegengetreten werden.

Wir werden zusätzlich die Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus stärken und sie als Lernorte stärker mit Schulen vernetzen.

2. Welche Rolle kommt Ihrer Meinung nach dabei dem Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit "Denk Bunt" zu? In welchem Umfang möchten Sie dieses zukünftig über den Landeshaushalt finanzieren?

Die durch das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit geförderten Projekte leisten einen elementaren Beitrag zur Stärkung demokratischer Kultur vor Ort.

Praktische Beratungsstrukturen und wissenschaftliche Expertisen für Kommunen, Vereine und Verbände, als auch Unterstützungsangebote für Opfer rechtsextremer Gewalt und Hate Speech, sind für das BSW unverzichtbarer Bestandteil eines solchen Programms.

Sowohl der Bund als auch das Land finanzieren das Programm derzeit nicht ausreichend. In diesen sensiblen Bereichen benötigen Beratung Suchende und Mitarbeiter, Konstanz und Sicherheit.

Daher werden wir mindestens die derzeitige Finanzierung absichern und nach Möglichkeiten suchen, das Landesprogramm nachhaltiger auszustatten und aufzustellen.

3. Wie stehen Sie zu einem Demokratiefördergesetz auf Landesebene, um die Arbeit der zahlreichen und vielfältigen Demokratieprojekte im Freistaat langfristig abzusichern?

Wichtigster Grundsatz ist die auskömmliche und nachhaltige Finanzierung der derzeitigen Projekte, damit die Mitarbeiter als auch Hilfesuchende Verlässlichkeit haben. Wir werden Wege prüfen, diese Verlässlichkeit ohne langwieriges Gesetzgebungsverfahren herzustellen, sind allerdings offen für eine fachliche Diskussion zu einem solchen Demokratiefördergesetz.